



Villingen-Schwenningen, 19.03.2018

**Thorsten Frei MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-73972  
Fax: +49 30 227-76972

**Wahlkreisbüro:**

Justinus-Kerner-Straße 5  
78048 Villingen-Schwenningen  
Telefon: +49 7721 99 535 44  
Fax: +49 7721 99 535 45

thorsten.frei@bundestag.de  
www.thorsten-frei.de

V.i.S.d.P.  
Thorsten Frei MdB

**Windkraft bewegt – Diskussion mit Thorsten Frei im Hüfingen-Ortsteil Fürstenberg**

*Zu einem Politischen Frühschoppen hatte der CDU Ortsverband Hüfingen-Fürstenberg ins Gasthaus „Rössle“ geladen, bei dem der Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Schwarzwald-Baar und Oberes Kinzigtal, Thorsten Frei, zu aktuellen politischen Themen Rede und Antwort stand.*

*Zuvor sprach Thorsten Frei mit Vertretern der Bürgerinitiative „Gegenwind“.*

In seinem Eingangsstatement betonte der Bundestagsabgeordnete Thorsten Frei, dass der konstruktive Dialog die Grundlage für eine gute Politik sei. Aus diesem Grund sei es ihm wichtig, sich mit den Menschen in seiner Heimat auszutauschen. „Sie können sicher sein, dass ich Ihre Anliegen mitnehme und in Berlin zum Thema mache, etwa in der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg“, so der stellvertretende Landesgruppenchef der baden-württembergischen CDU-Abgeordneten in Berlin. Er ging sowohl auf bundespolitische als auch auf regionale Themen ein. Er skizzierte wichtige Maßnahmen der Großen Koalition, die unmittelbare Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger im Wahlkreis hätten. Nach der schwierigen Regierungsbildung gelte es nun zu handeln, um das Leben der Menschen besser zu machen.

Brennendes Thema in und um Hüfingen ist die Windkraft, die deshalb breiten Raum in der Diskussion einnahm. Thorsten Frei kritisierte das Erneuerbare-Energien-Gesetz als eine enorme Umverteilung in die falsche Richtung: „Etwa 20 Milliarden Euro werden in diesem Bereich umverteilt.“ Das Fördersystem belaste ärmere Haushalte. Ziel



müsse es daher sein, mehr Marktwirtschaft in die Energiepolitik zu bekommen. Das EEG müsse stetig novelliert werden, um dafür zu sorgen, dass nur dort Energieträger entstehen, wo sich diese tatsächlich lohnten.

Der Wahlkreisabgeordnete sieht in den aktuellen Diskussionen in der Region ein Ausfluss der falschen Politik der früheren grün-roten Landesregierung. Mit der Änderung des Landesplanungsrechts im Jahr 2012 habe ohne Not eine Kompetenzverschiebung von den Regionalverbänden hin zu den Städten und Gemeinden stattgefunden. „Die Folge dieser fatalen Politik spüren wir heute, hier konkret bei uns in der Region“, so der Bundestagsabgeordnete. In der Gesamtbetrachtung müsse klar sein, dass geltende Gesetze in einem Rechtsstaat umgesetzt werden müssten. Jedoch hieße dies nicht, dass die Politik fehlerhafte Gesetze nicht überarbeiten sollte, plädierte der Abgeordnete für gesetzgeberische Verbesserungen sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene.

Klimaneutralität, Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit seien die drei Eckpfeiler einer guten Energiepolitik. Die CDU werde sich weiter an diesen Punkten orientieren, um den wirtschaftlichen Wohlstand zu erhalten. Es müssten bessere Netze- und Speicherkapazitäten geschaffen werden. Thorsten Frei kritisierte die grüne Ideologie scharf, erneuerbare Energieträger um jeden Preis schaffen zu wollen: „Wir brauchen in dieser Frage auch ökonomischen Sachverstand.“

Unmittelbar vor der Veranstaltung sprach der Bundestagsabgeordnete mit einigen Vertretern der Bürgerinitiative "Gegenwind". Dabei betonte Thorsten Frei, dass er die Argumente der Windkraftgegner verstehen könnte. Die Windkraft sei je nach Standort und Größe der Anlage ökologisch



sinnvoll, sei aber nicht die effizienteste Methode der Energiegewinnung. „Deshalb sollten wir uns auf die windhöchfigsten Gebiete im Land konzentrieren“, sagte der CDU-Politiker.

Wie konstruktiv der Gedankenaustausch war, zeigte die Vielzahl der Themen, bei der selbst die internationale Politik zu Wort kam. Angesprochen auf die Waffenlieferungen der Bundesrepublik machte Thorsten Frei, der im Auswärtigen Ausschuss und im Europaausschuss im Bundestag sitzt, deutlich, dass eine weitere Einschränkung von Rüstungsexporten im Koalitionsvertrag beschlossen sei. Rüstungsexporte dürften kein Mittel der Wirtschaft, sondern müssten ein Instrument der Sicherheitspolitik sein, denn „oberste Priorität hat die Sicherheit unserer Bevölkerung.“ Hier werde man in Zukunft genau hinschauen.

Der CDU-Ortsvorsitzende Gerhard Hogg bezeichnete es zu Beginn der Veranstaltung als wichtige demokratische Aufgabe, den Austausch mit den Mandatsträgern zu führen, um die politischen Ränder zurückzudrängen. Es müssten die Argumente der CDU in der Bürgerschaft kraftvoll vorgetragen werden.